

Saale-Beitung.

Sechshundertvierzigter Jahrgang.

Anzeigen

Verkauf von... 20 Bg. berechn... 24... 24... 24...

Deutsches Reich

Die Saale-Beitung... 20 Bg. berechn... 24... 24... 24...

Nr. 529.

Salle a. S., Dienstag, den 10. November

1908.

Klar zum Gelechts!

Berlin, 9. Nov., abends. (Privat-Telegramm.) Wie man aus Abgeordnetenkreisen...

Nachdem zwei Tage lang die Erregung in den Reichstagskreisen etwas geringer schien, hatte sie gestern...

des Volkes vor dem Thron Ausdruck zu geben, als Parlamentarier. Dadurch begraben sie das Parlament...

Thronfolger und Ministerpräsident.

Von einer Persönlichkeit, die sowohl mit den kaiserlichen Gemüthen des Parlaments als auch mit den Erträgen...

Frederik von Bek hat keine Verabschiedung — das ist ja ein offenes Geheimnis — dem Erzherzog-Thronfolger...

Ministerpräsident Bek ist einfach das Opfer der Abrumbund-Affäre geworden oder wenn man will...

Die Thuns sind am Wert als die Vertrauten des Thronfolgers, und es ist bezeichnend, daß als einer der Minister...

daß die Veröffentlichung unterbleiben wird. Warum beanstandete aber das Auswärtige Amt verschiedene Stellen...

Der neue deutsche Botschafter für Amerika. Aus Washington wird der „Königschen Ztg.“ gemeldet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten...

Veränderungen im deutschen diplomatischen Korps.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Wie wir hören, sind in der Bestellung der Posten der diplomatischen Missionen...

Casablanca.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt offiziell: Durch den Staatssekretär v. Schoen war Ende Oktober dem französischen Botschafter Cambon eine...

Deutsches Reich.

Warum wurde das Hale-Interview unterdrückt?

Aus New York kommen nach London nähere Angaben über das neueste Kaiser-Interview, das in der englischen Hauptstadt das allergrößte Interesse erregt...

Eine Verlesung der Lage?

Während die Diplomaten am Quai d'Orsay und in der Wilhelmstraße alle Hebel in Bewegung setzen, um eine friedliche Lösung des deutsch-französischen Zwischenfalls...

London, 9. Nov. Nach einer Meldung des „Daily Tel.“ scheint General d'Amade die Absicht zu haben, Schwereigkeiten zu machen...

Das Verhalten des Generals wirkt, falls die Londoner (1) — Meldung sich voll bewahrheitet, in zweifacher Hinsicht sonderbar. Einmal zeigt es von einem nur geringen patriotischen Gefühl, daß die eigene Regierung, wenn er als Soldat in die Instruktion seiner Regierung nicht Folge leistet. Auch die Drohung der anderen Offiziere, gegebenenfalls zu demonstrieren, wirkt ein eigenartiges Licht auf die Disziplin-Verhältnisse bei den in Marokko stationierten französischen Truppen. Die Aufseher des Generals und seiner Offiziere würden, wenn sie wirklich in der genannten Form gehalten sind, auf eine Art von Tropenkoller schließen lassen. Die französische Regierung dürfte Besonnenheit genug besitzen, trotz solcher Stimmen an dem einmal befürworteten Wege der friedlichen Verständigung festzuhalten.

Allgemeine Mitteilungen.

— Aus Dresden meldet man: In der Zweiten Kammer gab Präsident Dr. Mehnert vor Eintritt in die Tagesordnung bekannt, daß Staatsminister Graf Hohenhausen sich und geteilt habe, die auf der heutigen Tagesordnung stehenden Kapitel des Nachtrages zum Staatsbankgesetzes betreffend Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, Gesundheitswesen und Vertretung Sachens im Bundesrat von der Tagesordnung abzulehnen. Die Kammer erspürte diesen Wunsch und erließ eine weitere Anzahl von Kopien zum Nachtragsgesetz. Bei Kapitel 7 (Wespiger Zeitung) brachte Abgeordneter Zurr (freiw.) die Bitte zum Ausdruck, daß das Regierungsorgan nicht von keinem objektiven Beobachtenden und kritischen Standpunkt absehen möge.

— Aus München wird gemeldet: Geheimrat Professor A. Wolfflin, Verfaßter und langjähriger Professor an der hiesigen Universität, ist wie die Abendblätter melden, nach längerem Leben in Basel im 78. Lebensjahre gestorben.

— Der Landesverein Preussischer Volksschullehrerinnen veranstaltete am Sonntag, den 15. Nov., vormittags 11 Uhr, eine außerordentliche Versammlung in Berlin, im kleinen Festsaal des Schroederhauses, Alexanderstraße 41. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Die Lehrerbildungsvorlage, Berichtserfasserin: M. Neubart, Charlottenburg. 2. Die Mietsentföndigung, Berichtserfasserin: H. Salfrow, Berlin.

Ausland.

Eine Maßregel gegen Ostro.

Der im Jahre 1894 zwischen Holland und Venezuela abgeschlossene Vertrag ist von Seiten Hollands aufgehoben worden. Die Regierung von Curaçao hat die Ein- und Ausfuhr von Waffen und Munition freigegeben und wird gegen von dort ausgehende revolutionäre Bewegungen nicht einschreiten.

Die Lage auf dem Balkan.

Ein besorgniserregender Zusammenstoß.

Einer Meldung des „Matin“ zufolge ist es an der montenegrinischen Küste nennmehr zu einem Schärmelgekommen, bei dem die Oesterreicher nicht gut abgeschnitten haben. Die Nachricht lautet:

Paris, 8. Nov. Wie der „Matin“ aus Cetinje meldet, veruchte eine Abteilung österreicherischer Soldaten die Grenze zu überschreiten, wurde aber von den montenegrinischen Grenztruppen zurückgetrieben.

Des weitern wird noch berichtet: Belgrad, 9. Nov. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag sprengte eine bosnische Bande, welche in den Bergen operierte, mittels Dynamit die Kaserne von Konjic, ein Städtchen, welches 120 Kilometer von der serbischen Grenze im Innern Bosniens gelegen ist, in die Luft. An 170 Soldaten, alles Deutsch-Oesterreicher, sind getötet worden.

Damit scheint allerdings der Bandentzug, mit dem die Serben vor einiger Zeit drohten, eröffnet. Was Oesterreich tun wird, bleibt abzuwarten.

Aus Bulgarien.

Sofia, 9. Nov. Die bulgarische Regierung hat heute die Entlassung des ältesten Jahrganges aller Wehfangungen verfügt, der jetzt seine Dienstzeit beendet hat. Der Grund zu dieser Verfügung liegt einerseits darin, daß die Regierung neuerlich ihre Friedensliebe bekunden will, andererseits in Sparmaßregeln.

Ein merkwürdiges Geschenk des Sultans an die Nation.

Der Sultan machte bekanntlich vor einiger Zeit der Nation ein Geschenk, dessen angeblicher Steuerwert jährlich 400 000 türkische Pfund betragen sollte. Nach einer Mitteilung der Zeitung „Servet-i-Fünun“ hat nun das Finanzministerium bei einer Inventaraufstellung der geschenkten Güter eine unangenehme Entdeckung gemacht. Fünf Aelstel des Landesgutes waren bereits in England, aber ungesetzlicher Weise durch Agop Effendi, den früheren Finanzminister, auf die Inseln des Südens übertragen worden. Der Reich der Länder seien ist mit Synthesen und mit Vermögensaufstellungen überlastet, daß er dem Staatsfiskus kaum die Hälfte dessen einbringen dürfte, was man von ihm erwartet hatte. Die Zeitung „Idam“ und andere türkische Journale verlangen eine genaue Untersuchung und erklären, daß die Großmütigkeit des Sultans durch die Entpflanzungen in ein merkwürdiges Licht gestellt werde.

Deutscher Reichstag.

157. Sitzung vom Montag, den 9. November.

Am Tische des Bundesrats: v. Bethmann-Sollweg, v. Arnim, Summ, Dr. v. Jonaqueres.

Vizepräsident: Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min.

Das Weingesez.

Die erste Lesung wird fortgesetzt. Abg. Werner (Hsp.): Die bedenklichen Punkte der Vorlage werden in der Kommission besichtigt werden können. Der Weinhandel bringt was ein, das zeigen die Entwürfe in das Handelsregister, wo nicht nur Chemiker, sondern sogar auch Doktoren sich firmieren. Das ganze Gesetz wird aber nicht näher, wenn die Kontrolle nicht sofort genug ist. Abg. Weugelt (sen.): Auch bei uns in Schlesien kämpft der Weingewinn und Weinhandel schwer um seine Existenz. Bei uns ist der Weinbau vielfach im Nebenbetriebe; viele unserer Arbeiter sind Weingewinnler. Unsere Produzenten sind endlich

besetzt, dem Weingesez gerecht zu werden; den ostpreussischen Wein zu finden Sie in der Höhe der Bewässerungen, die gut wie gar nicht existieren. Gegen eine Verschärfung des Strafen haben wir gar nichts, aber man mache die Kontrolle für die kleinen Produzenten nicht zu umfangreich. Abg. Behnemann-Wiesbaden (Soz.): Man nimmt allgemein an, daß die Vorkontrolle in viel höherem Maße besteht, als man annimmt. Es ist sehr verdächtig, daß Preußen keine Kontrolle im Hauptamt haben will; in Süddeutschland ist man der Meinung, daß die Zuderung in gewissen oberen Kreisen der Zuderbarone wegen nicht ungenügend gewesen wird. Doch Süddeutschland nicht in der Strafliste jungiert, beweist nichts. Die Schleiher mögen ja ehrlich sein, weil sie ihren Wein doch nicht als Rheinwein ausgeben können. Bekanntlich hatten die Rheinberger keinen, ehe sie ihn haben. Und auch in Frankreich gibt es einen Unterschied zwischen Nord und Süd; das hat der Weinanzustand gezeigt, wo das Regiment gestreift hat. Die Rheinberger haben in ihren Traubengärten den Baumstrich abgegriffen; das sollte auch beim Weinbau sein. Der Entwurf ist eine gute Grundlage; aber die Weinpflanzerei werden wir erst mit dem privatkapitalistischen System besichtigen.

Abg. Kämpf (fr. Rp.):

Der ruhige Verlauf dieser Debatte ist in der Hauptsache zurückzuführen auf die Verständigung des Borentwurfs im Frühjahr. Dies Verfahren ist für alle Gelebensvorlagen zu empfehlen. Im allgemeinen handelt es sich bei diesem Entwurf um die mittlere Linie zwischen Witz und Wölfe. Bismarck hat den französischen Notwein das naturgemäße Getränk des Norddeutschen genannt; es ist dem deutschen Weinhandel hoch anzuzurechnen, daß er daneben auch den deutschen Wein zur Geltung gebracht hat. Die Bestimmungen über den Verkauf und die Gewarungsnamen sind unbedenklich. Der große Weingutsbesitzer ist in der Lage einen nicht geringeren Wein mit gleichartigen Trauben zu erzeugen und das so genannte Produkt mit dem Namen einer Lage seines Weinberges zu benennen. Der kleine Weinbergbesitzer kann das nicht. Mit den Strafbestimmungen des Entwurfs kann man einverstanden sein.

Abg. Wallensborn (Ztr.):

Der Notweinbau wird schwer geschädigt durch die massenhafte Einfuhr von Weinschnittweinen. Die Regierung glaubte dem verbündeten Italien einen Gefallen zu tun; aber die italienische Einfuhr ist gekunten, der spanische und französische Weinschnittwein kommt massenhaft herein. Hoffentlich bestimmen sich die verbündeten Regierungen auf ihre Pflicht. Die Lage der kleinen Winger am Mittelrhein ist sehr traurig.

Abg. Saas (natl.) bringt ebenfalls noch die Wünsche der kleinen Winger vor, wie sie in Eingaben der Deutschen Wingergenossenschaft zum Ausdruck gebracht sind.

Abg. Stauffer (natl. Vgg.) wendet sich gegen eine Ausdehnung des Rechtsanwalts, früheren Abg. Sartorius, der ihm unbedingte Verurteilung vorgeworfen habe, und glaubt feststellen zu können, daß durch Ausbad die Jauche der umliegenden Ortschaften fliehe.

Abg. Kooren (Ztr.): Wir müssen wenigstens darauf bestehen, daß für Weinschnittweine die Deklarationspflicht vorgeschrieben werde. Um so mehr, als gerade die vollen Weinschnittweine häufig Falschweine gegeben zu werden pflegen.

Abg. Dr. Rüdke-Kaiserslautern (B. d. L.) erklärt, daß er noch niemals für eine Weinsteuer eingetreten sei und sich auch heute noch nicht für eine solche begeistern werde.

Abg. Dr. Feder-Köln (Ztr.) fordert die Deklarationspflicht für Weinschnittweine. Die Kontrolle müsse auch auf die großen Städte ausgedehnt werden, besonders auf Berlin und Hamburg.

Abg. Hoen (Ztr., Glühler): Der Konjunktur muß wissen, was er bekommt. Man braucht einer rationalen Weinberbestellung nicht entgegenzutreten, muß aber verlangen, daß dann wenigstens die Deklarationspflicht Platz greife. Solange Eßig-Verkehr nicht die Unabhängigkeit der anderen Bundesstaaten habe, müsse man dem Reichslande ganz besondere Fürsorge angedeihen lassen.

Abg. Dr. Hügenberg (Ztr.) meint, daß der Entwurf den Interessen der Produzenten und der Konsumenten gerecht zu werden bemüht sei. Bewahrheitet sich, daß die Deklarierung des Not-Weinschnittweins nicht in das Gesetz aufgenommen sei. Hoffentlich gelinge es in der Kommission, etwas Gutes zustande zu bringen.

Abg. Dr. Raacke (natl.): Wir müssen ein Gesetz machen, daß auch den Besitzern, die nicht zu den begünstigten gehören, ermöglicht, ihr Produkt an den Markt zu bringen. Alle Unklarheiten müssen aus dem Gesetz heraus, damit nicht wieder unnütze Prozesse entstehen.

Damit schließt die Aussprache. Der Entwurf geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Die Marktnotierung des Schlachtviehs.

Erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Preisfeststellung beim Markthandel mit Schlachtvieh.

Staatssekretär v. Bethmann-Sollweg: Das allseitige Ziel des Entwurfs ist eine zuverlässiger und durchsichtiger Notierung. Damit schließt man vornehmlich die Preislisten darüber aus, welche Form des Viehhandels die beste ist. Es gilt lediglich, zu einer Preisnotierung zu gelangen, welche die Allgemeinheit klar und zuverlässig über die Durchschnittspreise unterrichtet. In die Form des Handels zwischen Schlächter und Händler will die Vorlage in keiner Weise eingreifen. Die Vorlage schafft nur allgemein die gesetzliche Grundlage, auf der die Bundesregierungen Preisnotierungen vorschreiben können.

Abg. Dr. Rüdke-Kaiserslautern (B. d. L.): Der Gesetzentwurf ist so klar und so einfach und enthält so erprobene Bestimmung, daß eine Kommissionsberatung gar nicht notwendig ist.

Abg. Scheidemann (Soz.): Die Agrarier haben die Vorlage verlangt, und die Regierung hat sie natürlich gebracht. Sie dient nur zur Täuschung des Publikums. Man will nur die Metzger und Zwischenhändler als die Schuldigen an den hohen Fleischpreisen hinstellen. (Sehr richtig!) Einflügen.

Abg. Gerkenberger (Ztr.): Mit der Volksernährung hat diese Vorlage nichts zu tun. In den kleineren und mittleren Städten wird jetzt schon nach Lebensbedürfnis gehandelt. Warum soll das nicht auch in größeren Orten so sein. Kommissionsberatung ist unnötig.

Abg. Hübner (fr. Rp.): Jedes Stück Vieh muß verschieden eingeschätzt werden. Man kann deshalb keine einheitlichen Normen für alle Gegenden Deutschlands festlegen. Die Preisfestlegung wird viel Mühe machen, und meist zu spät erfolgen. Berlin wird durch die Vorlage einen großen Schaden erleiden.

Abg. Wachhorst de Wente (natl.): Die Vorlage können wir ohne Kommissionsberatung verabschieden, denn die Materie ist früher schon genügend besprochen worden.

Abg. Kobelt (natl.): Herr Dr. Rüdke hat die ganze Sache nicht verstanden. (Heiterkeit.) Beim Handel mit Lebensgewicht sind mir schon böse Dinge passiert. (Heiterkeit.) Die Landwirte füttern mitunter für den Abholungszeitpunkt die Tiere fürchterlich voll. Früher mähten die Landwirte ihr Vieh besen. Man wollte guten Dünger haben. (Heiterkeit.) Heute tut es der künstliche Dünger. Die Herren Landwirte sind schon zu aufgeklärt. (Heiterkeit.) Minderwertiges Vieh kann nach Lebensgewicht gar

nicht verkauft werden. Ich bin für Kommissionsberatung. (Beifall.)

Der Antrag auf Kommissionsberatung wird abgelehnt. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr: Interpellationen über das Kaiser-Interieur.

Präsident Graf Stolberg: Es wäre möglich, daß morgen infolge starken Andranges des Publikums zeitweise im Hause Verleser Schwierigkeiten eintreten könnten. Ich würde mich in diesem Falle veranlaßt sehen, zu bestimmen, daß nur solche Personen Zutritt zum Hause erhalten, die eine Tribünenkarte oder eine Legitimation von einem Abgeordneten oder einem Mitglied des Bundesrats besitzen.

Schluß 6¼ Uhr.

Halle und Umgebung.

Salle a. S. 10. November.

Stadtverordneten-Sitzung.

Salle, 9. November.

Am Vorhandenheit die Herren Justizrat Köhning, Baumeister Gypas, Fabrikbesitzer Dr. Köpfer.

Eingegangen ist ein Schreiben des Herrn Architekten Taube betreffend das Kanalprojekt in der Hiesigen- und Leopoldstraße, das nochmals zurückgelegt wird. Weiter teilt der Magistrat mit, daß er dem Kaningensäßler v. v. e. r. e. i. n. in Anbetracht seines gemeinnützigen Strebens eine Prämie von 50 Mark ausgeschrieben habe. — Die Freie Studentenschaft läßt zu ihrem 10. Stiftungsfest ein.

Das Gewerkschaftsratsratel gibt bekannt, daß es am 10. Januar eine Arbeitslosenräthung veranstalten will, und ersucht, ihm zu den Kosten 300 Mark zu zahlen. Die Sache geht an den Petitionsausschuß.

Weiter ist eine Eingabe des Zentralvorstandes der handlungsgewerblichen Deutschlands eingegangen, der um die Festsetzung einer 36 stündigen Ruhezeit (als Sonntagsruhe) bittet.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein. 1. Herr Stv. Lingensleben als Referent des Bauauschusses trägt folgenden Antrag des Magistrats vor: Durch einstimmigen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Oktober 1908 sind wir erludt worden, eine Vorlage wegen sofortiger Zangriffnahme möglichst umfassender Arbeiten zu unterbreiten, damit der um sich greifenden

Arbeitslosigkeit

gegegnet werden kann. Wir überreichen daher das Projekt für die Umgestaltung des Amtsparkens in eine öffentliche Parkanlage. Die Kosten der Ausführung werden betragen:

- a) für die Umgestaltung des oberen Teils des Amtsparkens laut besonderem Kostenschätzungsprotokoll 30 000 Mk
- b) für die Umgestaltung des unteren Teils 8 750 "
- c) für die Parkanfertigung des oberen Teils des Amtsparkens und der Burggrüne 4 400 "
- d) für die Wasserversorgung des unteren Teils 3 800 "
- e) für Einfriedigung, Ergänzung des Mauerwerks, Treppentufen, Abortanlagen und sonstige Bauhilfskosten 27 000 "

In Summa: 73 850 Mk.

Am Einverständnis mit der Verhörgenossenschaft-Deputation erludt die Stadtverordnetenversammlung, uns als erste Rate den Betrag von 25 000 Mark aus den für dieses Jahr zu erwartenden Ueberflüssen der städtischen Einnahmen zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel sollen lediglich für den oberen, jetzt geschlossenen Teil des Amtsparkens und zwar im wesentlichen für Erd-, Fels- und Pflanzenarbeiten, sowie für Anlage der Wasserleitung, für Einfriedigungs- und Mauerarbeiten verwendet werden.

Der Referent schlägt im Namen des Bauauschusses vor, die Vorlage des Magistrats mit der Abänderung anzunehmen, daß nur 20 000 Mark — im wesentlichen für Erdarbeiten und geringere Mauerarbeiten — bewilligt werden.

Herr Stv. Zell als Referent des Finanzausschusses vertritt den gleichen Antrag, der angenommen wird.

Herr Stv. Emmert bittet, den Beginn der Arbeit ja recht zu beschleunigen.

Wertungswahlsteuer

2. Ueber das neue Statut der Wertungswahlsteuer referiert Herr Stv. v. Blume. Er legt dar, daß die Ausschleßbehörde, die von den Wählenden, die sie leitet, veranlaßt hat, nicht abzusehen will. Der neue Entwurf enthält keine formale Wählenden gegenüber dem bisherigen materiellen Änderung in den Entwurf hinein gebracht.

Herr Stv. unterteilt der Steuer die Veränderung von Geschäftswerten einer Gesellschaft m. b. H., deren Unternehmen die Bewertung derselben Grundbesitzes zum Gegenstand hat, oder deren Vermögen im wesentlichen in diesem Grundbesitz angelegt ist.

Der Magistrat hat jedoch, wie der Referent darlegt, diesen Antrag fallen lassen, nachdem der Staatsauschuß ihn für unrichtig erklärt hat. Referent meint im übrigen, es empfehle sich hinsichtlich der neuen Steuerordnung, erst einige Jahre Erfahrungen zu sammeln, insoweit es sich um materielle Änderungen anbelangt.

Herr Stv. Lemmer bekämpft den Standpunkt des Referenten, im Gegenteil: die Versammlung müsse auch materiell zu ändern suchen.

Darüber erhebt sich eine laute Geschäftsordnungsdebatte, die infolgedessen resultatlos verläuft, als man verabschiedet, in der einen oder anderen Richtung einen Beschluß herbeizuführen. Man tritt in die Debatte der einzelnen Paragraphen ein, in der eine Reihe materieller Veränderungen beantragt werden, die aber sämtlich fallen.

Herr Bürgermeister v. Solta teilt im Verlauf der Debatte mit, daß die Steuer bisher

ein hässliches Resultat

in finanzieller Beziehung gehabt habe. Eine starke Minderheit im Kollegium habe den zu erwartenden Ertrag für das laufende Jahr mit 80 000 Mark ermahnen wollen; beschlossen sei schließlich, den Ertrag mit 40 000 Mark anzunehmen. Wie bisher sind aber erst knapp 5000 Mark eingekommen. Wir dürfen im nächsten Jahr allem Anschein nach den voraussichtlichen Ertrag nicht höher als mit 25 000 Mark einschätzen.

Die Abstimmung ergibt mit 35 gegen 5 Stimmen unüberwindliche Annahme der Steuerordnung. 3. Für die Zustimmung des Torturmes der Morihurg sind im Hausparlament für 1908 unter Artikel I. C. II. 26 5000 Mark eingeleistet worden. Nachdem

Vermischtes.

Vom Grafen Zeppelin.

Zur Kronprinzessin der Grafen Zeppelin erfährt die „Köln. Zeitung“ noch folgende Einzelheiten: Zunächst erforderte der starke Seitenwind eine aufmerksame Navigation, die unter Zugrundelegung eines berechneten Navigationswinkels einen sehr guten Kurs zu halten ermöglichte. Auch der Nebel erforderte das aufmerksamste Gesehen; an manchen Stellen glaubte Graf Zeppelin die Gefahr nicht fortgehen zu können. Besonders interessant war das Überfliegen des Höhenzugs zwischen Engen und dem Sontal, wo bei 2 bis 3 Uhr bis auf 1050 Meter Höhe der Graf, um nicht von den Höhen freizukommen. Damit ist die noch nicht vollkommene Heute noch beweisende Möglichkeit bewiesen, mit dem „Z.“ über 1000 Meter zu steigen und hinterher noch eine längere Strecke zurückzulegen. Das Luftschiff fuhr nach dem Aufstieg auf 1050 Meter noch fünf Stunden und hatte bei seinem Abstieg noch über 600 Kilogramm Wasserballast. Eine besondere Schwierigkeit bildete das Getriebe des Benzins, das ein mehrfaches Wippen der Motore erforderte, da Eisstücke in das Zuleitungsrohr gerieten. Das Thermometer fiel auf 5 Grad Celsius. Weiter wird noch gemeldet: Die wundervoll verarbeitete Fahrt hatte im Kronprinzen den Wunsch erregt, heute eine Wiederholung vorzunehmen, aber der rauhe Nordwind und der plötzlich eingetretene Regen vereitelten diesen Plan. Ein Glück, dass der Kronprinz den Oberingenieur Dürr zu sich bitten, banfte hier nochmals bezüglich für den gefürchten bösen Tag und übertrug ihm als Anerkennung für seine großen Verdienste in der Ausführung des Zeppelinschen Gebankens eine prächtige und wertvolle Ankerkette. Am 1 Uhr 50 Min. reiste der Kronprinz über München nach Bad Reuth.

Gebäudeeintritt auf einem Bergwerk. Auf der Grube Cuemes bei Wons wurden gestern abend bei dem Gebäudeeintritt eines Gebäudes 20 Arbeiter in die Tiefe gerufen. Von den verunglückten Arbeitern wurde einer getötet, zwölf wurden schwer verletzt, einige davon lebensgefährlich.

Eingehung in eine Bahnhofsstation. Auf dem Güterbahnhof in Kaiserlautern wurde, wie die „Köln. Ztg.“ meldet, in der vergangenen Nacht ein Kassenraub verübt. In dem Kassenraum von 20000 Mark in Gold und Silber wurden dabei gestohlen, 10 000 Mark in Wertpapieren liegen die Diebe liegen. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Letzte Nachrichten.

Eine offizielle deutsche Präberierung zur Cabalanchfrage. Köln, 9. Nov. Zu der französischen Darstellung der Zustände in Cabalanch bemerkt die „Köln. Ztg.“: Da die internationale französische Darstellung erst jetzt zur Kenntnis der deutschen Regierung gelangt ist, konnte sie auch bisher nicht veröffentlicht werden. Aus dem Vergleich der deutschen und französischen Berichte, ergeben sich die härtesten Widersprüche, und es ist den Franzosen das Recht zuzuschreiben, daß sie im vollen Beweise des Gegenteils die Angabe ihrer Leute für richtig halten, ebenso wie wir das bei den unsrigen tun. Nach der bisherigen tiefsten Auffassung war man wohl auf eine widerprechende Rechtsauffassung gefaßt, nicht aber, oder doch nicht in solchem Grade, auf völlig abweichende Berichte über die Lauffrage. Sobald auch diese in so hohem Grade fertig wird, daß auch über sie eine Einigung durch weitere französisch-deutsche Vernehmungen nicht zu erwarten ist, wird auch die deutsche Regierung den bisherigen eingenommenen Standpunkt nicht weiter verfolgen können, und es ist anzunehmen, daß sie bei der geänderten Lage kein Bedenken tragen wird, den ganzen Handel nicht nur in Bezug auf die Rechts-, sondern auch auf die Lauffrage einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Cabalanch im französischen Senat. Paris, 9. Nov. Der nationalistische Senator Canadin de Villaine hat für morgen eine Anfrage im Senat über die Cabalanch-Angelegenheit angefündigt.

Ankauf des Zeppelin I durch das Kriegsministerium in Berlin.

Stuttgart, 9. Nov. Wie der „Schwäb. Merkur“ erzählt, hat das Kriegsministerium in Berlin das Luftschiff Zeppelin I amtlich abgenommen. Es waren vom Reichstage 2 150 000 Mark bewilligt worden, von denen die nach dem Entschädigungstage dem Grafen ausgehakt 500 000 Mark als persönliche Gratifikation gedacht waren, während 1 650 000 Mark für den Ankauf der Luftschiffe Zeppelins bei der Preisversteigerung bestimmt waren. Von der Hauptsumme wird jetzt ein Teil zum Ankauf des Zeppelin I verwendet.

General v. Strüßberg f. Berlin, 9. Nov. Der frühere Generalinspekteur des Militärgeheimdienstes und Bildungswehrens, General von Strüßberg, ist hier gestorben.

Berufung eines sächsischen Regierungsrates ins Reichsversicherungsamt.

Berlin, 9. Nov. Der Reichsanzeiger meldet: Der sächsische Regierungsrat Dr. Paul Fischer wurde zum kaiserlichen Regierungsrat und künftigen Mitglied des Reichsversicherungsamts ernannt.

Die Vertreibung des Volks-Schillerpreises.

Bremen, 9. Nov. Wie der Vorort der deutschen Goethebühnen mitteilt, hat das Preisgericht für den Goethe-Schillerpreis dem jüngsten Drama „Tanz der Narren“ von Ernst Hardt den Preis von 3000 M. zuerkannt. Zur engeren Wahl standen folgende Werke: „Blut“ von Julius Bah, „Debusius“ von Hugo von Himmansdal und „Das Weib der Soldaten“ von A. Gellerus.

Streik an der deutschen Universität und technischen Hochschule in Prag.

Wien, 9. Nov. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Prag: Der akademische Senat der deutschen Universität hat beschlossen, zu demittieren, wenn die Regierung nicht umgehend die Zustände beseitigt und den deutschen Studenten die Ausübung ihrer gesetzlichen Rechte ermöglicht. Der Senat der deutschen technischen Hochschule in einem ähnlichen Beschluß gefaßt.

Die Eröffnung des türkischen Parlaments. Konstantinopel, 9. Nov. Mitternachtsaufzüge zufolge findet die Eröffnung des Parlaments am 28. November statt.

Kronprinz und der Hofmeister der Union.

Newport, 9. Nov. Der Hofmeister Edward Morgan ist von einem verheirateten Manne auf der Straße durch einen Revolverbeschuss schwer verletzt worden. Der Täter hat sich selbst sofort durch drei Schüsse in den Kopf getötet.

Donnauschingen, 9. Nov. Der Kaiser fehrte gegen fünf Uhr nachmittags von der Jagd zurück.

2. Ziehung 5. Klasse 29. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 9. November 1900, vormittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table with lottery numbers and prizes for the 2nd drawing of the 5th class of the Prussian lottery on November 9, 1900. It lists winning numbers and their corresponding prize amounts in marks.

2. Ziehung 5. Klasse 29. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 9. November 1900, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table with lottery numbers and prizes for the 2nd drawing of the 5th class of the Prussian lottery on November 9, 1900. It lists winning numbers and their corresponding prize amounts in marks.

Bericht: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Rintmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Buchhandel: Fritz Kay; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Samtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt“.

Table with lottery numbers and prizes for the 2nd drawing of the 5th class of the Prussian lottery on November 9, 1900. It lists winning numbers and their corresponding prize amounts in marks.

2. Ziehung 5. Klasse 29. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 9. November 1900, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table with lottery numbers and prizes for the 2nd drawing of the 5th class of the Prussian lottery on November 9, 1900. It lists winning numbers and their corresponding prize amounts in marks.

